

Stellungnahme zum Aktionsplan des ADFC Saar

Unser **Ziel ist ein klimaneutraler und sicherer Verkehrssektor**, der den Herausforderungen der Zukunft gerecht wird.

Dies lässt sich nur mit geeigneten Rahmenbedingungen erreichen. Dafür ist es wichtig zu verstehen, dass die Mobilitätswende politisch auf mehreren Ebenen abläuft. So definiert die EU zum Beispiel internationale Standards der Ladesäulen und das Recycling von Akkus. Die Bundesregierung erlässt Gesetze zum Straßenverkehr. Die Hauptaufgabe in der Mobilitätswende aber liegt bei den Städten und Kommunen. Sie entscheiden, wie fahrradfreundlich unsere Städte und Kommunen werden. Diese müssen vom Land unterstützt werden.

Wir verstehen uns als **Möglichmachende der Mobilitätswende im Lokalen**.

Das Saarland braucht ein **geschlossenes, sicheres und komfortables Radverkehrsnetz** mit einbruchssicheren Abstellanlagen und Reparaturstationen.

Konzepte wie Quartiere der kurzen Wege müssen in der Raumplanung integriert werden und **Radschnellwege** für eine schnelle Verbindung, wie sie beispielsweise in Kopenhagen oder Amsterdam existieren, müssen in saarländischen Städten und Gemeinden etabliert werden.

Ebenfalls sollen mehr freie Bewegungsflächen geschaffen werden. Allgemein muss die Infrastruktur so gestaltet werden, dass **Wege zur Schule und Arbeit** vorzugsweise zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar sind. Ebenfalls sollen neue Infrastrukturmaßnahmen mehr Grün in die Städte bringen und damit mehr Mobilität aus eigener Kraft fördern.

Die Kommunen sollen durch **Radverkehrsplaner*innen des Landes** unterstützt und Bürger*innen in die Planung miteinbezogen werden. Hierbei bieten sich **Bürger*innenräte** an, die von Expert*innen betreut werden.

Wir wollen die Straßenverkehrsgesetzgebung überarbeiten und setzen uns für eine Verkehrspolitik ein, die die Verkehrsmittel des **Umweltverbundes in den Mittelpunkt** der Verkehrsplanung stellt. Neben der Absenkung der Höchstgeschwindigkeiten sowie einer **Regelgeschwindigkeit von 30 km/h** innerorts streben wir eine Verschärfung der Strafen für gefährliche Verkehrsdelikte an.

Im Jahr 2019 sind in Helsinki erstmals keine Fußgänger*innen oder Radfahrer*innen ums Leben gekommen. Die Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in weiten Teilen des Innenstadtgebiets auf **30 km/h gilt als ein Schlüsselinstrument** dafür.

Zudem wollen wir die **Stellplatzverordnung aufheben**. Ohne Stellplatzverpflichtung würden Bauträger den unwirtschaftlichen Teil der Stellplätze nicht bauen und die übrigen teurer vermarkten. Oftmals enthalten die Stellplatzsatzungen keine ausreichenden Qualitätsvorgaben für die Anlage von Fahrradabstellplätzen, so dass vielfach Vorderradhalter aufgestellt werden, die kein sicheres Abstellen von Fahrrädern zulassen oder Überdachungen von Fahrradabstellplätzen fehlen.

Die Einführung einer **Verkehrserreger-Abgabe**, die den Kommunen ein Instrument der Finanzierung an die Hand gibt, wollen wir ermöglichen. Mittels des schrittweisen Abbaus von klimaschädlichen Subventionen sollen weitere Förderungen für eine bequeme, effiziente und nachhaltige Mobilität ermöglicht werden.

Wir wollen die Entwicklung einer europaweit **einheitlichen Plattform für Mobilität** als Dienstleistung, engl. Mobility-as-a-Service (MaaS), vorantreiben. Diese Plattform soll der Grundstein für integrierte Mobilitätskonzepte werden. Dafür sollen in öffentlichen Ausschreibungen die bietenden Unternehmen zu einer kostenlosen **Bereitstellung von Verkehrsdaten** im EU-Format DATEX II verpflichtet werden. Diese Verkehrsdaten helfen u.a. bei der Verkehrsplanung. **Ziel von MaaS** ist es, dem*r Nutzer*in optimal auf seine*ihre Anforderungen abgestimmte Transportmittel anzubieten und so Transporteffizienz und den Bedarf für Besitz eigener Fahrzeuge zu senken.